

## **Ist die sozialdemokratische Geschichte zu Ende?**

### Die SPD am Scheideweg

Die älteste deutsche Partei kämpft ums Überleben - und merkt es kaum. Ein gewisses Unbehagen der Genossen ist nicht zu verkennen. Aber noch scheint man das für eine vorübergehende Phase der Neuorientierung zu halten, die der Zwangsehe mit der Union in Berlin und dem geschuldet sei, was als "Sozialdemokratisierung" der Union gilt. Doch tatsächlich steht die SPD vor der Selbstverflüchtigung. Wäre ich Historiker, hätte dieser Prozess für mich vielleicht seine geschichtliche Richtigkeit. Denn die SPD hat sich als Sprachrohr der armen und einfachen Leute gegründet, und diese Rolle nimmt jetzt wesentlich lauter "Die Linke" in Anspruch. Zugleich scheint die SPD auf ihren weiteren Traditionsfeldern Familie und Bildung überflüssig geworden zu sein, nachdem ihre Kernforderungen dort heute politisches Gemeingut sind. Und Umwelt- oder Klimaschutz nimmt man der einstigen Partei der rußgeschwärtzten Kumpel und Malocher längst nicht so schnell ab wie den Grünen. Gleiches gilt beim Thema Integration: Der klassische deutsche Arbeiter ist kein Freund von Multikulti. Bleibt noch die Rechtspolitik. Doch dort hat es die FDP mit ihrem liberalen Anstrich leichter, sich als Anwalt der Bürgerrechte zu gerieren; auch wenn sie dies unter Westerwelle kaum tut. Wenn ich also Historiker wäre, könnte ich das Verwehen der deutschen Sozialdemokratie mit einem nostalgischen Schulterzucken quittieren. Aber ich bin kein Historiker. Ich bin Sozialdemokrat. Warum eigentlich? Diese Frage beschäftigt heute so viele Parteimitglieder wie nie zuvor. Viele finden keine Antwort - und treten aus; die SPD hatte Ende der siebziger Jahre über eine Million Mitglieder, heute sind es 548.000. Andere gehen in die innere Emigration oder verlegen ihr Engagement in den sogenannten vorpolitischen Raum. Wieder andere, zumal die Parteiführung, beschwören eine Neuausrichtung, doch ohne an der Regierungszeit Schröders den geringsten Fehler zu finden. Ergebnis ist dann ein Leipziger Allerlei wie im "Bremer Entwurf" des Parteivorstands für ein neues Grundsatzprogramm. Die Linkspartei pflegt man dabei als frustriert-demagogische Sektierer abzutun, als Fußnote der Parteiengeschichte; der Wähler werde schon merken, dass Lafontaine und Gysi Scharlatane seien. Im gleichen Atemzug stellt man etwas zusammenhanglos politische Forderungen, die ersichtlich Wähler der Linkspartei abwerben sollen. Diese Mischung ist nicht geeignet, die SPD vor der Bedeutungslosigkeit zu bewahren.

#### *Steht der Gegner links?*

Der politische Gegner der SPD stand und steht rechts. Äußerungen aus der Union haben das in den letzten Tagen wieder erfrischend deutlich gemacht. Doch links der SPD steht jetzt ein Konkurrent, den sie bitterernst nehmen muss. Zum Ernstnehmen gehört zunächst, sich die Ursachen der neuen Partei vor Augen zu halten. Es sind zwei: Enttäuschung im Osten seitens der Verlierer der Wiedervereinigung und Enttäuschung im Westen seitens der Verlierer (nein, nicht der Globalisierung, sondern) neoliberaler Wirtschaftspolitik. Kann die SPD diesen Ursachen abhelfen, ohne ihre Ideale zu verraten?

ten und ohne die Bürger zu beschubsen? Ja. Dieses Ja muss zugleich der Kern sozialdemokratischen Selbstverständnisses werden, oder besser gesagt: bleiben. Die Ursache der Probleme im Osten ist der volkswirtschaftliche Murks bei der Wiedervereinigung; Helmut Schmidt hat ihn am frühesten und deutlichsten kritisiert. Davon ist nach 17 Jahren nicht mehr viel zu korrigieren. Aber die Enttäuschung im Osten ist durch die neoliberale Wirtschaftspolitik späterer Jahre krass verstärkt worden, so dass eine Alternative zu dieser Politik für das gesamte Wählerspektrum der Linkspartei einen Denkanstoß liefern könnte.

### *Sozial ist das Gegenteil von neoliberal*

Zwei beliebte Missverständnisse von konservativer Seite sind vorab aufzuklären. Das erste besagt, soziale Wirtschaftspolitik sei wachstumsfeindlich, das zweite, sie sei leistungsfeindlich. Demgegenüber hat für vernünftige Sozialdemokraten schon immer gegolten: Wohlstand braucht Wirtschaftswachstum; verteilen kann man nur, was da ist; Leistung muss sich lohnen. Und "Grenzen des Wachstums" kann vorerst nur beschwören, wer auch im Zeitalter moderner Umwelttechnologie Wirtschaft und Umwelt für Gegensätze hält. Aber das ist kein Zugeständnis an die neoliberalen Glaubenssätze von Schwarz-Gelb. Um sie zu würdigen, muss man die soziale Entwicklung Deutschlands in den letzten Jahren betrachten. Sie ist, unabhängig von konjunkturellen Schwankungen, von einer ziemlich groß angelegten Umverteilung gekennzeichnet, und zwar von unten nach oben. Der Anteil der Arbeitseinkommen am insgesamt erwirtschafteten ist seit der Wiedervereinigung bis 2005 um fünf Prozentpunkte zurückgegangen. *Erstmals* in der Geschichte unseres Landes sind die Arbeitseinkommen 2005 sogar nominal gesunken, um 5,6 Milliarden Euro, während das Volkseinkommen insgesamt natürlich weiter gestiegen ist: zu Gunsten der Einkünfte aus Kapital und aus unternehmerischer Tätigkeit. Dementsprechend sind die privaten Vermögen gewachsen. Dabei gehört den reichsten 10% fast die Hälfte des gesamten Geldvermögens.<sup>1</sup> Wohl gemerkt: Sozialleistungen und Arbeitslose bleiben hier noch völlig außen vor. Es geht lediglich um die Verteilung eines Gewinns unter denjenigen, die ihn gemeinsam erwirtschaftet haben. Verteilungsgerechtigkeit sieht anders aus. Sie ist ein klassisches Ziel der SPD, und dieses Ziel ist heute so aktuell wie vor 140 Jahren. Das sollte die SPD den Bürgern klarmachen - und sich selbst. Dann klappt's auch wieder mit den Gewerkschaften.

### *Solidarität statt Almosen*

Selbstverständlich berührt das Thema Verteilungsgerechtigkeit nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch Arbeitslose und andere, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind. Ihnen gegenüber kennt der Neoliberale nur eine Parole: Leistungskürzung. Erstens, weil Sozialleistungen öffentliche Ausgaben sind, die dem Neoliberalen stets verdächtig erscheinen, und zweitens weil sie in einem Beitragssystem - wie bei uns - Lohnnebenkosten ver-

---

<sup>1</sup> Siehe Stat. Bundesamt (Hg.), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (2005) S. 8; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 06/2005, S. 15 ff.

ursachen, die er stets für zu hoch hält. Wohl können Sozialleistungen zu hoch sein: gesamtwirtschaftlich, wenn sie die Neuverschuldung erhöhen, und individuell, wenn kein wirksamer Motivationsabstand besteht zu einem Einkommen aus eigener Kraft. Doch der erste Fall ist nur im Rahmen der steuer- und finanzpolitischen Gesamtplanung zu beurteilen. Und den zweiten kann man nur dann durch eine Senkung der Leistungen vermeiden, wenn das Einkommen aus eigener Kraft auskömmlich ist. Ein Stundenlohn von vier Euro ist dies nicht. Nun hat die Agenda 2010 Sozialleistungen gekürzt und führen die Verantwortlichen den gegenwärtigen Aufschwung gern auf diese Reformen zurück. Doch leider gibt es auf einen solchen Zusammenhang gar keinen Hinweis - im Gegenteil.<sup>2</sup> Allerdings sind unsere sozialen Sicherungssysteme mit oder ohne Agenda 2010 reformbedürftig. Indes gehören die Hauptfragezeichen nicht hinter die Leistungshöhen, sondern hinter Bürokratisierung, Intransparenz und - am wichtigsten! - hinter das ungleiche, ungerechte und unzureichende System der Beitragsfinanzierung. Wenn sich die SPD diese Fragezeichen auf die Fahnen schreibt und dazu laut und deutlich sagt, dass Bedürftige keine Kostenfaktoren und keine Bettler sind, sondern Mitbürger mit Anspruch auf Solidarität: dann hat die Sozialdemokratie eine Chance.

#### *Soziale Marktwirtschaft statt Neoliberalismus*

Soviel vor allem mit Blick auf die Linkspartei. Der eigentliche politische Gegner ist die Biene-Maja-Koalition der schwarz-gelben Wunschpartner. Sie steht für Neoliberalismus. Ihn kennzeichnet ein religiöser Glaube an die Kräfte des freien Marktes. Dem steht mit der Sozialen Marktwirtschaft ein Modell gegenüber, dass diese Kräfte bändigen will; so wie man auch die explosionsartigen Verbrennungen in einem Motor mit Kolben und Zylindern bändigen muss, damit sie Vortrieb erzeugen. Fast alle politischen Vorstöße von Schwarz-Gelb lassen sich mit dem unbedingten Marktglauben der Neoliberalen erklären, der folgende Hauptforderungen erhebt: Löhne runter, Arbeitszeit rauf; Lohnnebenkosten runter, heißt in einem Beitragssystem fast zwingend: Sozialleistungen runter; Steuern runter, vorrangig für Unternehmen und Spitzenverdiener; Kündigungsschutz und Mitbestimmung weg; privatisieren, was sich nur irgend privatisieren lässt; öffentliche Ausgaben senken. Zum Thema Soziales fällt dem Neoliberalen ein: Sozial ist, was Arbeit schafft. Und das tut angeblich die Umsetzung der zuvor genannten Forderungen. Das alles ist ideologiegetränkter Humbug. Wäre alles sozial, was Arbeit schafft, so hätte Stalin mit den Lagern in Sibirien sozialpolitische Großtaten vollbracht. Offenbar kommt es darauf an, zu welchen Bedingungen gearbeitet wird. Damit steht man im Handumdrehen wieder vor den Themen Mitbestimmung, Kündigungsschutz, Mindestlohn und Leiharbeit. Schwerer wiegt die Blindheit gegenüber den allbekannten Schwächen jedes ungezügeltten Marktes: Seine Teilnehmer haben stets nur den schnellen Profit im Blick, langer Atem und weise Voraussicht sind ihnen fremd. In diesem Punkt hatte Marx recht: Der Kapitalist verkauft auch noch seinem Henker den Strick, an dem der ihn aufhängt - Gewinn ist Gewinn! Daher ist

---

<sup>2</sup> Näher *Hein/Truger APuZ 13/2007*, S. 17 (19) m. w. N.

der Klimawandel einem durchschnittlichen Kraftwerksbetreiber zunächst einerlei. Das ändert sich erst, wenn sein Ferienhaus am Meer in selbigem versinkt. Zweitens kümmert sich der ungezügelte Markt nie um so genannte externe, will sagen mittelbare Markteffekte. Es ist dem Zigarettenhersteller egal, wenn Passivraucher an Krebs erkranken, denn die Kosten im Gesundheitswesen treffen ihn nicht. Drittens, und auch hier hatte Marx recht, bildet sich auf einem ungezügelten Markt automatisch - irgendwann - eine Marktmacht und wächst und wächst. Denn ein ökonomisch rationaler Unternehmer hat kein Interesse an Konkurrenz, sondern an Gewinn, und der ist um so größer, je weniger Wettbewerb es gibt. Endstufe jedes ungezügelten Marktes ist daher ein Monopol auf qualitativ niedrigem Niveau, also das gleiche wie im real existierenden Sozialismus. Folglich ist die Anbetung des reinen Marktprinzips dumm, wenn man Wohlstand will - Wohlstand für alle. Das muss die SPD sagen.

#### *Gesunder Menschenverstand statt Ökonomisierung*

Dem Neoliberalen ist auch unbekannt, dass es Felder gibt, auf denen das Streben nach wirtschaftlichem Gewinn nicht die alles treibende Kraft ist. Lassen wir Albernheiten wie Kunst und Kultur, Religion, Liebe oder sonstige Gefühlsduselei beiseite und betrachten die Forschung, für Deutschland bekanntlich ein Schlüsselthema. Hat Röntgen seine Strahlen im Rahmen eines Drittmittelprojekts entdeckt? Hatte Mendel von der Industrie den lukrativen Auftrag, die Regeln der Vererbung zu entschlüsseln? Kommen Ihnen, lieber Leser, die besten Einfälle, wenn man eine Münze in ihr Sparschwein wirft? Und umgekehrt: ist es ein Zeichen von Genialität, wenn man jeden Monat ein Buch schreibt, Inhalt sekundär? Wer Hochschulen als Unternehmen begreift und Wissenschaftler als Manager, bekommt eine exzellente Lehre, vielleicht noch eine vergnügte Tüftlercrew. Solche Leute haben im vorvorigen Jahrhundert die Gaslampen perfektioniert. Die Elektrizität haben sie nicht entdeckt. Forschung und Wissenschaft sind Kinder von Neugier und Freiheit. Das muss die SPD begreifen.

#### *Gemeinsame Verantwortung statt Privatisierung*

Der Neoliberale ist Einzelkämpfer. Das findet er nicht unsozial; wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht! Weil der einzelne alles ist und die Gemeinschaft nichts, muss alles privatisiert werden. Die Welt wird so perfekt vermarktet. Sollte eine gute Schule dann viel Geld kosten, muss ein Krankenpfleger eben sehr viele Kranke pflegen, damit seine Tochter diese Schule besuchen kann. Und sollte ein Bahn- oder Trinkwasserunternehmen dann an der Sicherheit sparen, so macht das nichts, weil nach dem Unfall oder der Massenvergiftung die verbliebenen Kunden den Anbieter wechseln - der Markt bringt alles in Ordnung! Möglicherweise jedoch wäre dies eine wichtige Botschaft: Manchmal ist Geld ein schlechter Ratgeber. Und: Manche gehen bei der Privatisierung von Chancen leer aus. Die SPD muss ihr Anwalt sein.

### *Fortschritt statt neuer Bürgerlichkeit*

Konservative sind genauso lernfähig wie alle anderen. Lediglich brauchen ihre Gedanken im Schnitt zwei bis drei Jahrzehnte länger. Daher übernimmt die Union zwar derzeit wieder einen Schwung alter rot-grüner Forderungen, zumal in der Familien- und in der Umweltpolitik. Doch zugleich propagieren maßgebliche Teile von ihr eine Festigung der konservativen Gesinnung. Beliebte Ansatzpunkte sind die Ängste vor dem Islam und vor der Kriminalität. Was für McCarthy die Kommunisten waren, sind für Pofalla & Co. die Moslems: Terroristen. Dass nur ein Bruchteil der Moslems weltweit Gewalt billigt, ist egal. Es kommt auf die gefühlte Bedrohung an. Jedenfalls vor Wahlen. Das gilt entsprechend für die Kriminalität, die objektiv gerade bei den Gewalt- und den Sexualdelikten seit vielen Jahren stetig sinkt. Und so verlangt Pofalla christliche Kreuze in allen Klassenzimmern. Von der Neutralitätspflicht des Staates und dem Kruzifix-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts hat er womöglich noch nichts gehört. Stoiber mahnt, dass Minarette in Deutschland nie größer werden dürften als "unsere Kathedralen und Dome". Es gibt nun einmal *uns* - und *sie*. Die Türken, die Moslems, die Fremden. Das ist ein Gesellschaftsrezept für Prinz Eugen, aber sicher keines für ein gedeihliches Miteinander. Und wenn sich Beckstein feiert als "harter Hund für Law and Order", sollte er zunächst Deutsch lernen und dann einen zaghaften Blick auf die Erkenntnisse riskieren, die man über die Mittel wirksamer Kriminalitätsbekämpfung hat. Es wäre eine konservative Premiere. All das muss die SPD endlich sagen, rufen, der Verblödung entgegen-schreiben. Die Alternative ist, sanft zu entschlafen.